

Regierungsratsbeschluss

vom 13. November 2012

Nr. 2012/2219

Regionale Trägerschaften: Projektabschluss

1. Ausgangslage

Die Fraktion CVP/EVP reichte am 4. Dezember 2007 folgenden Auftrag ein: „Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einem Konzept aufzuzeigen, mit welchen regionalen Trägerschaften die ausgearbeiteten Agglomerationsprogramme umgesetzt werden sollen. Im Weiteren soll der Regierungsrat prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen für diese Trägerschaften benötigt werden und wie sich die Schaffung der Trägerschaften mit dem Anliegen der Gemeindeautonomie und den sonstigen im Aufbau begriffenen regionalen Trägerschaften vereinbaren lässt.“

Der Regierungsrat nahm am 23. September 2008 zum Auftrag Stellung (RRB Nr. 2008/1698) und beantragte Erheblicherklärung. Der Kantonsrat erklärte den Auftrag „Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften“ am 2. Dezember 2008 erheblich (KRB Nr. A187/2007). Zur Bearbeitung des Auftrags setzte der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 2009/651 vom 21. April 2009 eine 15-köpfige „Arbeitsgruppe Steuerung“ ein. Sie setzte sich aus Vertretern des Kantons, der Gemeinden und der Regionalplanungsorganisationen zusammen. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe wurden vom „Steuerungsausschuss“ vorbereitet. Das Projekt wurde extern durch Dr. Daniel Arn, Advokatur Arn Friederich Strecker, Bern, begleitet.

Die Arbeitsgruppe definierte zu Beginn ihrer Arbeit einen dreiphasigen Prozess:

- Phase 1: Grundlagen erarbeiten / Grundsatzfrage klären
- Phase 2: Modell entwickeln
- Phase 3: Modell umsetzen (Gesetzgebungsprozess).

2. Erwägungen

2.1 Phase 1

Das Ziel der ersten Projektphase war die Erarbeitung von Grundlagen und die Klärung, ob „Regionale Trägerschaften“ überhaupt ein Bedürfnis der Solothurner Gemeinden sind. Die Arbeitsgruppe Steuerung befasste sich zu Beginn mit Fragen zu Aufgaben und Perimeter von Trägerschaften, möglichen Strukturen, Kostenfrage und zu den notwendigen, gesetzlichen Grundlagen. Die Haupteckdaten der Arbeiten wurden im Grundlagenpapier „Hauptfragen“ vom 31. März 2009 zusammengefasst und von der Arbeitsgruppe verabschiedet. Darauf aufbauend begann der Steuerungsausschuss einen Entwurf für den Konzeptbericht zu erarbeiten.

Im Nachgang zur VSEG-Generalversammlung 2009 wurden skeptische bis negative Rückmeldungen geäußert. Die Arbeitsgruppe beschloss deshalb den Konzeptbericht vorerst zu sistieren und vorerst die Gemeinden im Rahmen von Informationsveranstaltungen im Spätherbst 2009 in Dornach, Olten und Solothurn detaillierter über das Projekt zu informieren. Im Anschluss konnten

die Gemeinden mittels Fragebogen (Grundsatzfragen in Form von Thesen) Rückmeldungen zum Projekt abgeben.

Insgesamt 72 von 122 Gemeinden sandten den ausgefüllten Fragebogen zurück. Die Gemeinden beantworteten die gestellten Fragen mit 50 % oder mehr Ja-Stimmenanteil (s. Beilage), wobei die einwohnergewichtete Auswertung leicht positiver ausfiel. Die Gemeinden sahen zwar einen Handlungsbedarf, fürchteten jedoch einen Autonomieverlust und standen neuen Strukturen skeptisch gegenüber.

Aufgrund der mehrheitlich positiven Rückmeldungen nahm die Arbeitsgruppe Steuerung die Arbeiten zum Konzeptbericht „Projekt Regionale Trägerschaften“ wieder auf. Sie verabschiedete den Bericht am 9. September 2010, in welchen auch die Resultate der Gemeindebefragung einfließen, und beantragte beim zuständigen Bau- und Justizdepartement, die Phase 2 in Angriff nehmen zu können.

2.2 Phase 2

Unmittelbar nach dem Abschluss der Phase 1 begann der Steuerungsausschuss ein Arbeitspapier zu verfassen, in welchem die Ziele und Aufgaben, die Struktur und die Finanzierung einer Regionalen Trägerschaft konkretisiert wurden. Der Regierungsrat diskutierte einen ersten Entwurf des Arbeitspapiers an einer Klausurtagung. Er sah die Schaffung „Regionaler Trägerschaften“ nicht nur im Lichte der Aktivitäten des Bundes (Umsetzung Agglomerationsprogramm 1. Generation und Einreichung 2. Generation) sondern vielmehr als Prüfung von verbindlichen Zusammenarbeitsformen.

Die finalisierte Version des Arbeitspapiers „Regionale Trägerschaften - Konkretisierung der Modelle“ verabschiedete die Arbeitsgruppe Steuerung am 22. September 2011. In der Folge wurden die Gemeindebehörden an drei Abenden in der ersten Novemberhälfte 2011 in Dornach, Olten und Solothurn über den konkreten Projektvorschlag detailliert informiert.

Im Anschluss wurden die Gemeinden erneut aufgefordert, mittels Fragebogen Rückmeldungen zum Projektvorschlag zu geben. Insgesamt 90 von 121 Gemeinden beantworteten den Fragebogen. 59 % der Gemeinden waren der Ansicht, dass die Phase 3 nicht in Angriff genommen werden sollte (s. Beilage). Neben der Einführung einer 4. Staatsebene sowie dem befürchteten Autonomieverlust der Gemeinden führten vermutlich geplante Gemeindefusionen zum negativen Ergebnis. Aufgrund dieser überwiegend negativen Rückmeldungen und zahlreicher Gespräche verzichtete der Steuerungsausschuss auf eine Detailauswertung der Umfrage.

Unabhängig vom Projekt „Regionale Trägerschaften“ haben sich in den drei Agglomerationsprogrammen AareLand, Basel und Solothurn breit abgestützte Trägerschaften gebildet, welche die spezifischen Verhältnisse der drei Agglomerationsperimeter widerspiegeln. Dies mindert den unmittelbaren Handlungsbedarf.

Im Lichte der negativen Resultate der 2. Gemeindebefragung erachtet es der Steuerungsausschuss als unangebracht, den Erlass eines entsprechenden Gesetzes zu erwirken. Daher beantragt der Steuerungsausschuss dem Regierungsrat, das Projekt nicht weiter zu verfolgen.

3. **Beschluss**

- 3.1 Der Regierungsrat nimmt Kenntnis von den Auswertungsergebnissen der Phase 1 und Phase 2.

- 3.2 Der Regierungsrat teilt die Einschätzung des Steuerungsausschusses, dass der Gesetzgebungsprozess zur Bildung flächendeckender Regionaler Trägerschaften nicht initiiert werden soll. Demzufolge ist das Projekt „Regionale Trägerschaften“ nicht weiter zu verfolgen.
- 3.3 Der Auftrag Fraktion CVP/EVP: „Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften“ (vom 4. Dezember 2007) ist als erledigt abzuschreiben.
- 3.4 Die Arbeitsgruppe „Steuerung des Projektes Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften“ wird unter Verdankung der geleisteten Dienste aufgelöst.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Resultate der Gemeindebefragungen „Regionale Trägerschaften“ vom Juli 2010 und März 2012

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Rechtsdienst BJD (CS)
Amt für Raumplanung
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Kantonale Finanzkontrolle
Departement des Innern
Amt für Gemeinden
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wirtschaft und Arbeit
Kantonales Personalamt
Staatskanzlei (Stu, Ste) (2)
Mitglieder der Arbeitsgruppe Steuerung (12, Versand durch Amt für Raumplanung)
Medien (jae)